

Weg mit der „Extremismusklausel“!

Das Fürther Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus hat es einstimmig abgelehnt, die so genannte „Demokratieerklärung“ zu unterzeichnen (s.Rückseite).

Das Fürther Bündnis steht dabei nicht alleine. Quer durch die Republik, sind demokratische und antifaschistische Gruppen und Initiativen von dem „Schnüffelparagraphen“ der Familienministerin Schröder betroffen und werden in ihrer Arbeit gegen Neonazis und Rassisten behindert.

Wir laden deshalb ein, zu einer Veranstaltung unter dem Motto:

Geld gegen Gesinnung: Mit Extremismus-Doktrin, Verfassungsschutz und Hilfswissenschaft gegen die „Zivilgesellschaft“

Veranstalter:  **FÜRTHES BÜNDNIS GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND RASSISMUS**

**Vortrag und Diskussion mit Friedrich Burschel,
Montag, den 25.07.2011, BIKO Fürther Gewerkschaftshaus (Königswarterstraße 16)
Hinterhaus
Beginn: 19:30 Uhr**

Mit dem Amtsantritt der zweiten Regierung Merkel Ende 2009 steht erneut die umstrittene Extremismus-Doktrin zur Debatte: Das Bild von einer demokratischen Mitte der Gesellschaft, die sich – als Lehre aus der Weimarer Republik – gegen Extremismus von rechts und links (sowie von „Ausländern“) zu erwehren habe, dient als Instrument zur Kontrolle und Disziplinierung dessen, was als „Zivilgesellschaft“ gehandelt wird. Jüngster Höhepunkt dieses reaktionären Rollbacks ist die unselige Debatte über die Extremismusklausel, der sich staatlich geförderte Projekte für demokratische Kultur und gegen Rechts neuerdings zu unterwerfen haben: neben einem überflüssigen Zwangsbekennnis zu Demokratie und Verfassung sollen sie künftig auch ihr Arbeitsumfeld in diesem Sinne durchleuchten.

Wie die rechte Regierung mithilfe eines expansiven Inlandsgeheimdienstes, willfährigen Wissenschaftler_innen und Medien das Terrain der offenen Gesellschaft einzäunt und dabei freie Träger politischer Bildung, bürgerschaftliches Engagement gegen Neonazis, antifaschistische Initiativen und Gesellschaftskritik an die Wand drängt, soll an diesem Abend analysiert und zur Debatte gestellt werden, ebenso Ideen für politische Gegenwehr.

Friedrich Burschel ist Referent zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit bei der Akademie für Politische Bildung der Rosa Luxemburg Stiftung in Berlin. Als freier Journalist war er selbst als „Linksextremist“ von rechtswidriger Überwachung und Diskriminierung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz betroffen. Er ist Autor und Herausgeber des Buches „Stadt – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz“ sowie – zum Thema – des RLS-Standpunkte-Papiers „Geld gegen Gesinnung“:
<http://www.rosalux.de/publication/37308/geld-gegen-gesinnung.html>

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsradikalen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsradikalen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.



FÜRTHER BÜNDNIS **GEGEN** RECHTSEXTREMISMUS UND RASSISMUS

Das Fürther Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus hat im Rahmen des Programms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ Projektvorschläge eingebracht.

Wir haben uns sehr gefreut, dass der Begleitausschuss eines unserer Projekte „Spurensuche in Fürth – Begegnung in Auschwitz“ an die erste Stelle gewählt hat.

Dies ist für uns ein Zeichen, dass viele Gruppen und Organisationen unsere Arbeit schätzen und würdigen.

Dafür möchten wir uns ausdrücklich bedanken.

Leider werden wir unsere Projekte nicht durchführen können. Da wir die sog.

„Demokratieerklärung“ nicht unterschreiben werden. Dies wäre aber die Voraussetzung, um die, zur Durchführung der Projekte, nötigen finanziellen Mittel zu bekommen.

Das Fürther Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus hat auf der letzten Sitzung am 06.04.2011 einstimmig beschlossen, die so genannte „Demokratieerklärung“ nicht zu unterzeichnen. Bekanntlich hat Familienministerin Schröder, letztes Jahr eine „Extremismusklausel“ initiiert. Demnach müssen sich alle Vereine und Organisationen, die Fördergelder aus staatlichen „Anti Extremismus Programmen“ bekommen, zum Grundgesetz **bekennen** und sich auch dazu **verpflichten, ihre Partner und Referenten auf „Verfassungstreue“ zu überprüfen.**

Gegen diese Klausel gibt es zahlreiche Proteste.

Am 1. Februar („Antiextremismustag“) forderten mehr als 1500 Organisationen und Einzelpersonen die Bundesregierung auf, diese diskriminierende Klausel abzuschaffen.

Darunter Organisationen wie „Gesicht zeigen“, „Aktion Sühnezeichen“ und die „Bundesarbeitsgemeinschaft Kirchen und Rechtsextremismus“.

Für die Streichung der „Extremismusklausel“ hatten sich bereits SPD, Grüne und LINKE im Bundestag eingesetzt, sowie der Zentralrat der Juden und der Zentralrat der Muslime.

Berlin hat als erstes Bundesland angekündigt, juristisch gegen die Verordnung vorzugehen, da verschiedene Verfassungsrechts-Experten den Text der Erklärung mit dem Grundgesetz selbst nicht vereinbar sehen.

Entgegen aller Proteste und verfassungsrechtlicher Bedenken hat die Behörde Schröder den „Schnüffelparagraphen“ bis jetzt nicht zurückgezogen.

Die Intention des „Schnüffelparagraphen“ liegt auf der Hand:

Antirassistische und antifaschistische Initiativen werden dem Generalverdacht des Extremismus ausgesetzt.

Die Arbeit von Gruppen, die seit Jahren mit viel Einsatz und Energie gegen Rassismus und Neofaschismus eintreten wird diskreditiert.

Es wird ein Klima des gegenseitigen Misstrauens erzeugt.

Diese Versuche lehnen wir ab und weisen wir zurück. Wir brauchen solche „Schnüffelparagraphen“ nicht!

Seit Jahren arbeiten im Fürther Bündnis verschiedenste Organisationen erfolgreich im guten Miteinander gegen Rechtsextremismus und gegen Rassismus. Dies soll so bleiben und nicht in ein Gegeneinander umschlagen.

Wir fordern den Begleitausschuss auf, gegen den „Schröder Erlass“ zu protestieren!

Wir fordern die Stadt Fürth auf, ebenfalls dagegen Protest zu erheben!

Die so genannte „Extremismusklausel“ muss vom Tisch!

Sie widerspricht allen Grundsätzen der antirassistischen und antifaschistischen Arbeit.

Nutznieser davon wären allein die Neonazis. Das darf und kann nicht sein!

Fürther Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus
Fürth, den 12.04.2011